

## Drucks.-Nr. 9244/2020-2025

Freie Demokratische Partei  
FDP im Rat der Stadt Bielefeld

Jasmin Wahl Schwentker  
Fraktionsvorsitzende

Bielefeld, den 10.12.2024

### Haushaltswende für Bielefeld

Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 19.12.2024

Für die o.g Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- (1) Der Gewerbesteuerhebesatz wird für das Jahr 2025 von 480 auf 470 Punkte gesenkt. Für das Jahr 2026 ist ein Gewerbesteuerhebesatz von 460 Punkten vorzusehen. In der mittelfristigen Finanzplanung ist analog eine Verminderung des Hebesatzes um jeweils 10 Punkte in den Jahren 2027, 2028 und 2029 einzuplanen.
- (2) Die Stellen zur Gewerbesteuerprüfung werden umgewidmet und dem Rechnungsprüfungsamt zugeordnet. Dort sollen diese eigenständig und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet potenzielle Effizienzerhöhungen bei den städtischen Prozessen und Ausgaben prüfen.
- (3) Die veranstaltungsbezogene Vergnügungssteuer (Tanzsteuer) wird ab 2025 nicht mehr erhoben. Die Verwaltung bereitet eine entsprechende Änderung der Satzung zur Vergnügungssteuer vor.
- (4) Die Zweitwohnungssteuer wird ab dem Jahr 2025 nicht mehr erhoben.
- (5) Die Beteiligungen der Stadt Bielefeld müssen sich an der Konsolidierung der Stadt beteiligen. Dazu werden alle unmittelbaren und mittelbaren Gesellschaften aufgefordert, 5 % der eigenen Kosten einzusparen und die Einsparungen an die Stadt Bielefeld abzuführen.
- (6) Stellendeckel ab 2025! Mit dem Stellenplanentwurf 2025 werden die Stellenbedarfe der Verwaltung inkl. der Eigenbetriebe auf 5.840 VZÄ gedeckelt. Innerhalb dieses Stellendeckels können Mehrbedarfe durch Minderbedarfe grundsätzlich ausgeglichen werden. Die Verwaltung wird angewiesen, zwingend erforderliche Stellenmehrbedarfe (z.B. durch gesetzliche Anforderungen) kenntlich zu machen und durch Stelleneinsparungen in anderen Bereichen der Verwaltung auszugleichen. Durch die Realisierung von Stelleneinsparungen, u.a. im Zuge des digitalen Transformationsprozesses, wird der Stellendeckel sukzessive bis 2026 auf 5.800 VZÄ abgesenkt. Die Verwaltung berichtet dem Finanz- und Personalausschuss halbjährlich über den Verlauf des Prozesses.

(7) Der Straßenumbau des Johannistals wird gestoppt. Die Mittel für den Umbau werden aus dem Haushalt genommen.

(8) Alle Mittel zum Ausbau des Radverkehrs werden vollständig zur Sanierung der Radwege verwendet.

(9) Das Budget zur Nahmobilitätskommunikation wird gestrichen.

(10) Das Budget für den Klimabeirat wird gestrichen.

(11) Verkauf der 49,9 % bzw. 49 % Anteile der Stadtwerke Gütersloh und der Energieversorgung Werther. Der Verkaufserlös wird dem Haushalt der Stadt Bielefeld zum Ankauf von Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt.

(12) Der Ankauf des Haus des Handwerks wird gestoppt. Statt im Gymnasium am Waldhof wird ein weiterer Zug im neuen Gymnasium am Seidensticker Campus geplant.

(13) Der Vertrag zum Ankauf des Jahnplatztunnels wird nicht unterzeichnet. Alle Bemühungen zum Ankauf werden sofort gestoppt.

(14) RatsTV wird auf eine günstige Webcam Lösung mit einer Kamera umgestellt. Dies wird auf einem Social Media Kanal wie beispielsweise Youtube übertragen.

#### Begründung:

Bielefeld hat die höchsten Gewerbesteuersätze der Region und steht im Vergleich mit ähnlichen Städten schlecht da. Angesichts der Haushaltslage sind große Sprünge nicht möglich, aber eine schrittweise Senkung wäre ein starkes Signal: „Unternehmen, ihr seid ein wichtiger Teil dieser Stadt!“ Die Senkung wird von den Unternehmen reinvestiert und wird der Stadt mittelfristig zugutekommen.

Die Gewerbesteuer wird bereits von den Finanzämtern geprüft. Es konnte bisher auch nicht dargestellt werden, ob die Stadt ausreichend Mehreinnahmen erzielt, um die beiden Stellen zu finanzieren. Die Stellen sollten eingesetzt werden, um die Verwaltung effizienter zu machen und nicht die Einnahmeseite zu verbessern. Es entsteht ja auch Reibungsverlust und extra Arbeit im öffentlichen Sektor, da es ja vor allem um die Verteilung der Gewerbesteuern geht.

Die Clubs stehen im direkten Wettbewerb zu Münster, Dortmund, Düsseldorf und Hannover. In diesen Städten wurde die Steuer bereits abgeschafft. Die Clubs sind ein wichtiger Teil der städtischen Kultur. Diese Kultur sollte die Stadt nicht zusätzlich erschweren. Darüber hinaus tragen die Clubs bereits mit Grund- und Gewerbesteuern zu zwei kommunalen Steuereinnahmen bei. Aus kommunaler Haushaltssicht stehen Aufwand und Ertrag in einem schlechten Verhältnis. Und: für die Wiedereinführung der Erhebung müsste eine weitere Stelle eingestellt werden. Bereits im vergangenen HSK wurde dieses Prinzip eingesetzt. Wenn die Gesellschaften Teil unserer Stadt sind, dann haben sie auch eine Verantwortung für die Stadt.

Seit dem Haushaltsplan 2020 sind die Stellen in Bielefeld um rund 1.000 gewachsen. Seit 2014 haben sich die Personalkosten fast verdoppelt. Wir legen Jahr um Jahr alternative Vorschläge

vor, wie die Stellen zu begrenzen sind. Dieser Antrag wurde im Personalausschuss der Stadt Münster 2024 beschlossen.

Die geplante Verkehrsführung am Johannistal ist eine Fehlplanung, die Mittel sollten im Haushalt zur Reduzierung des Defizits genutzt werden.

Eine große Zahl von Radwegen in Bielefeld ist stark sanierungsbedürftig! Daher muss sich die Stadt vor allem auf die Schlaglöcher, Regenlöcher und Wurzelfallen konzentrieren, bevor Straßen für den Autoverkehr zurückgebaut werden.

Das berühmte Fahrradvideo hat bereits bundesweit zwei Negativ-Erwähnungen bekommen. Diese Art von Kommunikation wirkt sich nicht nur negativ auf die selbstgesteckten Ziele aus, es schadet auch dem bundesweiten Bielefelder Image.

Die Experimente des Klimabeirats auf Kosten des Steuerzahlers erzielen keinen messbaren Effekt für das Klima. Hier dürfen sich politische Aktivisten ohne Risiko mit städtischem Geld ausprobieren. Dies steht beispielsweise auch im starken Widerspruch zu Start-Ups oder Hausbesitzern, die mit privatem Geld und Risiko echte technologische Beiträge zur CO<sub>2</sub>-Reduktion leisten. Die unternehmerischen Risiken in anderen Städten gehören nicht zur Daseinsvorsorge der Stadt Bielefeld. Das gebundene Kapital wird dringend an anderen Stellen benötigt. Als Zeichen einer Zukunftsinvestition soll das Geld zweckgebunden in den Ankauf von Flächen zur Entwicklung von Gewerbeflächen fließen.

In Bielefeld wird gerade am Seidensticker Campus ein neues Gymnasium geplant. Daher ist es vollkommen unverständlich, warum mit hohem unverhältnismäßigem finanziellem Aufwand das Gymnasium am Waldhof um einen Zug erweitert werden soll, wenn dies am Seidensticker Campus alternativ möglich wäre.

Wir müssen den Ankauf stoppen, solange die Verträge noch nicht unterzeichnet sind. Als Stadt sind wir nicht der Lückfüller und Risikoträger für gescheiterte Immobilien. Dies gilt noch einmal verschärft bei unserer Haushaltslage. Es ist außerdem noch völlig unklar, wie diese Immobilie einmal entwickelt werden soll.

Für ein einfaches Rats TV Format wird keine spezialisierte Lösung benötigt. Um den Bürgern einen einfachen und kostengünstigen digitalen Zugang zur Ratssitzung zu verschaffen, reicht eine einfache Webcam-Lösung, die lediglich die Berichterstatterin / den Berichterstatter überträgt.

Mit freundlichen Grüßen

Jasmin Wahl Schwentker  
Fraktionsvorsitzende